

25.04.2009

# Hohl weist Vorwürfe „mit Nachdruck“ zurück

Presseerklärung des Oberbürgermeisters zur SPD-Kritik

## BAYREUTH

In einer Pressemitteilung vom Freitag hat Oberbürgermeister Dr. Michael Hohl zu den Vorwürfen der SPD-Stadtratsfraktion, sie sei bezüglich des Baus eines Hangars am Bayreuther Regionalflugplatz falsch informiert worden, erklärt, er weise alle Vorwürfe „mit Nachdruck“ zurück.

In der Presseerklärung heißt es wörtlich: „Trotz erheblicher infrastruktureller Schwächen des Verkehrslandeplatzes konnte sich die Stadt Bayreuth dank meiner Bemühungen und den Bemühungen der Wirtschaftsförderung als Standort für das erste oberfränkische Luftfahrtunternehmen gegen seine Mitbewerber durchsetzen.“ Bei dem Vorhaben Hangarbau handele es sich um ein wirtschaftlich vernünftiges und der Standortqualität der Stadt Bayreuth dienendes Projekt, das im Sinne einer „Win-win-Lösung“ Vorteile für alle Beteiligten bringen würde.

## Teure Enteisierung

Dem Bayreuther Unternehmen Fair-Air sei im Frühjahr 2008 die Betriebsgenehmigung durch das Luftfahrtbundesamt erteilt worden. Darin werde gefordert, dass die „Flugzeuge in einer sicheren Umgebung“ abgestellt werden müssen. Mit einem Hangar wäre diese Sicherheitsauflage für geparkte Flugzeuge erfüllt. „Alle anderen theoretisch bestehenden Optionen, wie die Bewachung und nächtliche Versiegelung der Flugzeuge, scheiden aus Kosten- und Praktikabilitätsgründen aus, so dass sie auch nicht weiter verfolgt wurden“, wird Hohl in der Erklärung weiter zitiert. Alleine die Enteisierung eines kleinen Flugzeuges verursache Kos-

ten von je 2500 Euro. Die Betriebsgenehmigung, so der Oberbürgermeister, sei die Grundlage gewesen, den Bau eines Hangars in den zuständigen Gremien der Stadt zu befürworten und voranzutreiben. Sie beruhe auf den geltenden Luftfahrtbestimmungen nach europäischem und deutschem Recht. „Dies wurde vom Baureferenten ursprünglich nicht absolut präzise vorgetragen, aber in der Zwischenzeit mehrfach auch öffentlich klargestellt“, betont Hohl.

Um das Luftfahrtunternehmen in Bayreuth ansiedeln und halten zu können, habe die Verwaltung in Aussicht gestellt, den benötigten Hangar zu errichten, sofern er zu rentablen Konditionen angemietet würde. Nach dem letzten Stand der Verhandlungen wären der Stadt bei geplanten Baukosten von 336 000 Euro innerhalb von 15 Jahren 576 000 Euro Mieteinnahmen zugeflossen. Hinzu kämen rund 36 000 Euro Landgebühren pro Jahr, die sich gemeinsam mit Handlingpauschalen, den angemieteten Büros, der Anmietung des Abfertigungsgebäudes für Rundflüge sowie den Erlösen aus dem Verkauf von Treibstoff auf über 50 000 Euro pro Jahr erhöhen würden. „Dies entspricht auf die Mietzeit von 15 Jahren gerechnet weitere 750 000 Euro, die der Stadt und dem Flugplatz zugutekommen würden“, so der Oberbürgermeister.

„Durch die ständigen und völlig unnötigen Diskussionen in der Öffentlichkeit sind die Verhandlungen mit dem Luftfahrtunternehmen ins Stocken geraten. Leider, denn damit ist eine große Entwicklungschance für den Bayreuther Verkehrslandeplatz und für die Stadt Bayreuth aus sachlich nicht nachvollziehbaren Gründen in Frage gestellt“, so Hohl abschließend. nk